

„Nicht bei den Armen!“

Wohlfahrtsverbände nehmen Stellung zum Haushaltsplan
SPD will bei Ankäufen sparen und Gebühren erhöhen

BONN. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in der Stadt Bonn hat Rat und Verwaltung aufgefordert, bei den Haushaltsberatungen keine Sparmaßnahmen zulasten von Familien und armen Kindern zu treffen. Die vom Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch vorgelegten Kürzungsvorschläge reduzierten „auf vielfache Weise für benachteiligte Menschen die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“, sagten Elke Rieser (Paritätischer), Ulrich Hamacher (Diakonie) und Jean-Pierre Schneider (Caritas) in einer Pressekonferenz. Zur Arbeitsgemeinschaft gehören außerdem die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz und die Jüdische Synagogengemeinde.

Wer Kinderarmut bekämpfen wolle, dürfe nicht die Offenen Ganztagsgrundschulen für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf (OGS Plus) abschaffen. Das bedeute, machte Andrea Elsmann von der Diakonie am Beispiel der OGS Medinghoven deutlich, dass dort Geld fehlen würde für die

Sprachförderung von Kindern oder für die Beratung von Familien. Für die OGS Plus gibt es laut Hamacher einen Zuschuss von 2000 Euro pro Jahr und Schüler. Das reiche, um eine Erzieherin und eine Halbtagskraft zu bezahlen.

Die Sozialverbände protestierten außerdem gegen die mögliche Abschaffung des Bonn-Ausweises. Caritas-Sozialberaterin Heidi Klose: „Mit dem Bonn-Ausweis können allein erziehende Mütter zur ARGE fahren, arme Menschen kulturelle Angebote wahrnehmen, Migranten damit Deutschkurse bezahlen, Kinder Mittagessen in der OGS oder Beiträge für den Sportverein.“ Gerade die Leistungen des Bonn-Ausweises kämen „eindeutig den Menschen zugute, die darauf angewiesen sind“, hieß es in dem Pressegespräch. Schneider: „Es geht hier um Menschen, die sich nicht wehren können.“ Die Arbeitsgemeinschaft könne die finanziellen Probleme der Stadt nicht lösen, beziehe aber „Position für die grundlegenden Interessen armer Kinder

und Familien in Bonn“, heißt es in einer Erklärung der sechs Verbände.

Elke Rieser forderte das Land auf, die Gemeinden bei den finanziellen Leistungen in der Wohlfahrtspflege nicht allein zu lassen.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich am Wochenende bei Haushaltsberatungen für den Bonn-Ausweis stark gemacht. Um den Etat zu entlasten, soll nach Angaben von Fraktionschef Wilfried Klein darauf verzichtet werden, für 20 Millionen Euro Grundstücke im Bundesviertel zu kaufen. Die Bewirtschaftung der Bäder, der oberirdischen Parkplätze und der Stadtentwässerung solle einer städtischen Tochtergesellschaft übertragen werden. Das Stadthaus solle abgerissen werden; auch das Gemeindeprüfungsamt stelle den Verwaltungsbau (Klein: „Energiefresser“) in Frage.

Auf der Einnahmenseite möchte die SPD die Parkgebühren erhöhen, eine „Bettensteuer“ für Touristen einführen und Bordelle mit einer „Sexsteuer“ belasten. (dbr)

Bonner Rundschau, 22.3.2010